



Arbeitskreis Kultus, Jugend und Sport

Verband der Lehrerinnen und Lehrer an beruflichen
Schulen in Baden-Württemberg e. V.
Vorsitzender Herbert Huber
Kniebisstraße 7 a
77767 Appenweier

2. März 2017

Lehrereinstellung 2017

Sehr geehrter Herr Huber,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 14.02.2017! Sie führen darin in sehr gut nachvollziehbarer Weise aus, dass die geplanten Zuweisungen von Lehrerwochenstunden an die Beruflichen Schulen zu knapp bemessen sind. Dies bestätigt unsere Befürchtungen, dass der zwischen der grünen Finanzministerin und der CDU-Kultusministerin im Spätjahr 2016 gefundene Kompromiss, auf die Streichung von 441 Lehrerstellen zum Schuljahr 2016/17 zu verzichten, in keiner Weise ausreicht, um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen und gleichzeitig die zahlreichen im Kultusbereich anstehenden Vorhaben wie beispielsweise den Ganztagsausbau und den Ausbau von Inklusionsangeboten, des Informatikunterrichts sowie der Fächer Ethik und Islamische Religion umzusetzen. Bereits zum Schuljahr 2017/18 wird die Situation kritisch, wenn nicht nur die 441 schon erwähnten, sondern auch 633 weitere und damit insgesamt 1074 Lehrerstellen zur Streichung anstehen. Es ist höchst zweifelhaft, dass die Grünen der CDU noch einen weiteren Erfolg gönnen und von ihrem – mit dem Haushaltsplan 2017 beschlossenen – Stellenabbauplan noch einmal abrücken. Erschwerend dürfte sich hier auswirken, dass sich die grün-schwarze Koalition als „Komplementärkoalition“ (Ministerpräsident Kretschmann) versteht. Deutlicher kann man nicht ausdrücken, dass gemeinsame Projekte dieser Regierung nicht gewollt sind, insbesondere wenn ein grünes gegen ein schwarzes Ressortinteresse steht. Dabei ist eigentlich Sinn und Zweck einer Regierungskoalition, sich zum Wohle des Landes zusammenzuraufen und nicht nach dem Motto zu verfahren „Jeder macht seins!“.

Dass das Kultusministerium versucht, den Bedarf an Lehrerstellen möglichst kleinzurechnen, mag in dieser Situation nachvollziehbar sein. Hinzunehmen ist es aber auf keinen Fall! Bereits unter der grün-roten Landesregierung haben wir seitens der FDP/DVP-Landtagsfraktion beantragt, den tatsächlichen Bedarf an Lehrerstellen erst einmal fundiert zu erheben und anschließend ein Konzept vorzulegen, wie dieser Bedarf gedeckt werden soll. Leider lehnte



die damalige Regierungsmehrheit unsere entsprechenden Anträge ab. Dass als Nebenprodukt des Koalitionsstreits um die 441 Lehrerstellen der Rechnungshof mit einer Bedarfserhebung betraut wurde, lässt bei uns Freien Demokraten Hoffnung aufkeimen. Wir erwarten und fordern, dass sich das Kultusministerium nach dem für Mai 2017 angekündigten Rechnungshofbericht sogleich an ein Bedarfsdeckungskonzept für die Lehrerversorgung macht und dies rechtzeitig zu den Beratungen zum Haushalt 2018/19 vorlegt.

Unabhängig davon sehen wir Freien Demokraten Möglichkeiten, wie Mittel im Bildungsbereich effizienter zum Nutzen der Qualität eingesetzt werden könnten. Deshalb hat die FDP/DVP-Fraktion im Rahmen der Beratungen zum Haushalt 2017 unter anderem beantragt, den Klassenteiler für die Gemeinschaftsschulen von derzeit 28 auf 29 Schülerinnen und Schüler heraufzusetzen und die so freiwerdenden Personalmittel zum Zweck einer verbesserten Unterrichtsversorgung auf alle Schulen beziehungsweise Schularten zu verteilen; generelles Ziel sollte der Klassenteiler 28 statt bisher 30 für alle weiterführenden Schularten bleiben. Auch haben wir beantragt, den so genannten Schulversuch G9 anders als von Grün-Schwarz geplant auslaufen zu lassen und die frei werdenden Mittel den Beruflichen Gymnasien zu übertragen, die mit ihrem dreijährigen Bildungsgang im Anschluss an die Mittlere Reife nach Auffassung der FDP/DVP-Fraktion die reguläre neunjährige Alternative zum achtjährigen Gymnasium bilden sollten. Die allgemeinbildenden Gymnasien sollten im Gegenzug die Möglichkeit erhalten, die ihnen zugewiesenen Wochenstunden der G8-Studenten auch auf neun Jahre zu verteilen. Leider lehnte eine grün-schwarz-rote Mehrheit beide Anträge ab.

Aber auch mit einem fundierten Bedarfsdeckungskonzept allein ist es noch nicht getan. Um die Unterrichtsversorgung sicherzustellen, braucht man aber nicht nur Planstellen, sondern auch qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer. Bei der Lehrgewinnung sind aus Sicht der FDP-Fraktion zusätzliche Anstrengungen und ein deutliches Mehr an Kreativität bei der Kultusministerin erforderlich. Zumindest einen gewissen Erfolg würden wir uns von folgenden Schritten versprechen:

- Eine Möglichkeit, deutlich früher als bisher Einstellungszusagen zu vergeben. Da die baden-württembergischen Sommerferien stets an letzter Stelle liegen und die Zusagen relativ spät erfolgen, erhalten jedes Jahr zahlreiche in Baden-Württemberg ausgebildete Lehrer von anderen Bundesländern oder beispielsweise von der Schweiz Beschäftigungszusagen und werden auf diesem Wege abgeworben.
- Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen der Lehrerinnen und Lehrer. Vergeblich beantragte die FDP/DVP-Fraktion im Rahmen der Haushaltsberatungen 2017, die sich auf acht beziehungsweise vier Prozent belaufende Absenkung der Eingangsbesoldung bei neu eingestellten Beamtinnen und Beamten wieder zurückzunehmen. Auch unseren Antrag, auf die im Zuge der grün-schwarzen Regierungsneubildung 100 zusätzlichen Stellen in den Ministerien zu verzichten und so einen Einstieg in die Beendigung der sechswöchigen Arbeitslosigkeit bei den angestellten Lehrerinnen und Lehrern zu schaffen, lehnte die grün-schwarze Regierungsmehrheit ebenso ab wie unseren Antrag auf Verlängerung des Referendariats um sechs Wochen, um den Missstand der sechswöchigen Arbeitslosigkeit bei angehenden Lehrerinnen und Lehrern abzustellen.



- Mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsfreiheit für die jeweilige Schule. Wenn eine Schule ihr Personal weitgehend selbst auswählen, ihren Lehrern interessante Beschäftigungs- und Aufstiegsperspektiven bieten und bei drohendem Unterrichtsausfall auf eine eigene Vertretungsreserve zurückgreifen könnte, würde das insbesondere auch für die Schulen abseits der großen Ballungszentren und Universitätsstädte eine deutliche Verbesserung bedeuten. In der damaligen CDU/FDP-Regierungskoalition konnte erreicht werden, dass rund zwei Drittel der Lehrerstellen insgesamt schulbezogen ausgeschrieben wurden. Diese Zielmarke gilt es aus unserer Sicht zumindest wieder zu erreichen.

Die FDP/DVP-Fraktion hält die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung für eine der wichtigsten Aufgaben der Landespolitik. Wir werden uns deshalb im oben beschriebenen Sinne mit allen uns als Oppositionsfraktion zur Verfügung stehenden Mitteln für die Verbesserung des jetzigen Zustands einsetzen. Dass auch der Berufsschullehrerverband beharrlich und stets deutlich vernehmbar dasselbe Ziel verfolgt, dafür möchten wir Ihnen seitens der FDP/DVP-Landtagsfraktion nochmals herzlich danken!

Mit den besten Grüßen und Wünschen

Dr. Timm Kern, MdL
Stellvertretender Vorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Landtagsfraktion

Klaus Hoher, MdL
Sprecher für berufliche Bildung der FDP/DVP-Landtagsfraktion